

freiheit

Ausgabe 07/18

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: Norbert Roemers_pixelio.de



Karenzzeiten wie Arbeitszeiten bewerten

06 | „WIR MÜSSEN DIE SCHULE INS
21. JAHRHUNDERT BRINGEN“
HEINZ FASSMANN IM FREIHEIT-INTERVIEW



Foto: ÖVP/Jakob Glaser



UNSER LAND IN GUTER HAND

Fraktion Christlicher
GewerkschafterInnen
in der

**GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER
DIENST**



göd.fcg

www.goedfcg.at



EDITORIAL

*Liebe Leserin, lieber Leser der **freiheit!***

Voll Elan starten wir in den Herbst mit einer guten Nachricht für Österreichs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Eine langjährige Forderung des ÖAAB steht kurz vor der Umsetzung!

Die Gründung einer Familie und Kindererziehung sind wichtige Leistungen für die Gesellschaft, die nicht zu einer lebenslangen Schlechterstellung für Personen führen sollen, die Karenzzeiten für die Kindererziehung in Anspruch genommen haben. Daher setzt sich der ÖAAB bereits seit Jahren dafür ein, dass es zu einer Anrechnung der Karenzzeiten auf Gehaltserhöhungen kommt. Und dieser Einsatz hat sich ausgezahlt: ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger hat nun die Initiative ergriffen, und wird dafür sorgen, dass künftig gesetzlich geregelt wird, dass bis zu 24 Karenzmonate für eine Gehaltserhöhung angerechnet werden. Somit sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr davon abhängig, in welchem Kollektivvertrag sie abgerechnet werden, sondern alle werden gleichgestellt!

Diese wesentliche familienpolitische Maßnahme ist ein weiterer Schritt, damit der Slogan „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nicht nur ein Slogan bleibt. Erfahren Sie mehr dazu auf Seite 5!

Viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe!

*Nikola König-Weixelbraun
freiheit!-Chefredakteurin*



Foto: ÖVP/Sabine Klimpt

christoph.zarits@oeaab.com
www.facebook.com/zarits.christoph

Als christlich-soziale Bewegung ist es unser Selbstverständnis, dort zu unterstützen, wo es wirklich notwendig ist, gleichzeitig müssen wir aber auch darauf schauen, dass unsere sozialen Sicherungssysteme nicht überstrapaziert werden. Nachhaltiges Handeln schulden wir nicht nur den kommenden Generationen, sondern auch jener, die unseren Sozialstaat zurzeit erhält.

UNSERE SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME DÜRFEN NICHT ÜBERSTRAPAZIERT WERDEN

Ein Gastkommentar von Generalsekretär Christoph Zarits

Die Mindestsicherung soll für jene eine Stütze sein, die arbeiten wollen, aber nicht können, und nicht für diejenigen, die können, aber nicht wollen. Sie soll eine Überbrückungshilfe für schwierige Zeiten sein, aber keine Alternative zur Erwerbsarbeit. Der Regierung war es daher ein Anliegen, die bedarfsorientierte Mindestsicherung weniger missbrauchsanfällig, weniger attraktiv für Zuwanderung und treffsicherer zu gestalten.

Auch die Suche nach einem Arbeitsplatz ist kein Asylgrund. Europa und insbesondere Österreich gilt für viele Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern als attraktive Region, um die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern. Das kann aber nicht vorbei an unseren Gesetzen und zulasten unseres Sozialsystems geschehen. Um diese Form der Zuwanderung unattraktiver zu machen, sorgt die Bundesregierung dafür, dass die Hintertüre der Lehre für Asylwerber geschlossen wird.

Die Bundesregierung setzt mit dieser Maßnahme einen klaren Fokus auf jene 8.600 anerkannten Flüchtlingen unter 25 Jahren – darunter 1.300 Lehrstellensuchende –, die bereits einen legalen Aufenthaltstitel haben und gerade einen Job suchen.

Natürlich braucht es Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel. Lehrplätze jedoch nur an Menschen zu vergeben, deren Verbleib in Österreich unklar ist, ist die denkbar schlechteste Variante.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Mag. Herbert Kullnig, Rudolf Habeler, Nicole Karlick)
Blattlinie: Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax
Anzeigenverwaltung: Nicole Karlick, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-351, office@wienerpressverein.com **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz
Herstellung: NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.



Foto: R. Reichhart

AUVA bleibt erhalten

Kein Krankenhaus wird geschlossen, in bestehende Verträge wird nicht eingegriffen! Auch der Leistungsumfang für die Patientinnen und Patienten bleibt erhalten! Die Bundesregierung spart im System und nicht bei den Menschen und setzt um, was sie versprochen hat!

„Die Regierung hat sich klar ein Ziel gesetzt: Die Strukturen in unserem Land müssen vereinfacht werden. Ein weiterer Schritt wird nun mit der Reform der AUVA umgesetzt. Dabei war es für uns als ÖAAB immer wichtig, die AUVA zu erhalten, und damit die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Kein Krankenhaus wird geschlossen, keine Leistung wird gekürzt werden! Es kommt zu einer Strukturreform und nicht zu einem Eingriff in die Versorgung“, zeigt sich ÖAAB-Bundesobmann KO August Wöginger erfreut.

„Die AUVA bleibt als fünfter Träger in der Landschaft der Sozialversicherung erhalten. Und das Wesentliche für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der AUVA: In bestehende Verträge wird nicht eingegriffen“, so Wöginger weiter.

„Österreichs Veränderung hat begonnen. Seit dem Antritt der neuen Bundesregierung wurden bereits wichtige Maßnahmen wie der Familienbonus Plus sowie die Entlastung der niedrigen Einkommen beschlossen, nun wird das nächste Projekt angegangen, und damit ein weiterer Meilenstein gesetzt. Bei allem Reformwillen ist es für uns als christlich-soziale Arbeitnehmervertretung immer wesentlich, den Blick auf die Menschen nicht zu verlieren. Der Patient steht bei allen Überlegungen zur AUVA-Reform im Mittelpunkt. Leistungen werden nicht gekürzt, dafür wird es im Verwaltungsbereich zu Strukturveränderungen kommen, die für Einsparungen sorgen werden. Eine Leistungsgarantie ist somit gewährleistet“, stellt ÖAAB-Generalsekretär Abg.z.NR Christoph Zarits klar.

FREIHEIT | AUF EINEN BLICK

- Die AUVA wird einen Reformplan beschließen, durch den die Kosten der AUVA um insgesamt rund 430 Mio. Euro reduziert werden.
- **Leistungsgarantie:** Es wird kein AUVA-Krankenhaus geschlossen und es wird keine Personalkürzungen bei Ärzten, Pflegekräften oder bei der direkten Versorgung der Patienten geben.
- Die Reform ermöglicht klare Verantwortlichkeiten im System und finanzielle Spielräume, um in die Zukunft zu investieren und die Abgabenlast zu senken.

Rettung der AUVA ist uns gelungen!

Ein Gastkommentar von FCG-Landeschäftsführer KR Friedrich Pörtl

Ein großes Anliegen war uns FCG-Gewerkschaftern in der Diskussion um die umstrittene Reform der Sozialversicherungen der Erhalt der AUVA.



Foto: FCG Wien

Die vorbildlichen Einrichtungen zum Wohl der fünf Millionen Versicherten sollten keinesfalls zerschlagen und die 5.700 Arbeitsplätze nicht durch überzogene Sparpläne gefährdet werden. Mit der Drohung der Gesundheitsministerin, die AUVA aufzulösen, wenn nicht 500 Millionen Euro an Einsparungen erbracht würden, wurde ein sozialpolitisches Erdbeben ausgelöst: Da war von Spitäler-Sperren die Rede, von Privatisierung und von der Übernahme durch andere Versicherungsträger. Dagegen haben freilich in seltener Eintracht alle Gewerkschaften, die Ärzte, das Spitalpersonal sowie Patientinnen und Patienten mit Unterschriftslisten und Demos protestiert. Mit Erfolg!

Hinter den Kulissen

Dass es nicht zur Zerschlagung gekommen ist, ist letztlich aber einem Gewaltakt der Selbstverwaltung und intensiven Verhandlungen im Hintergrund zu danken. Der 14-köpfige Vorstand der AUVA konnte am 21. August einem Sparpaket zustimmen, weil im Reformpapier in letzter Sekunde noch die von uns verlangten gravierenden Änderungen vorgenommen worden sind. Wir von FCG-ÖAAB sind nicht „umgefallen“, wie die Sozialdemokraten behaupten, sondern konnten sozialpartnerschaftlich die Zustimmung geben, weil mit nur noch 135 Mio. Euro Einsparungen und der schriftlichen Garantie, dass es keine Kündigungen und keine Privatisierungen geben wird, der Fortbestand der AUVA gesichert werden konnte. Ein Sieg der Selbstverwaltung also!

Karenzzeiten wie Arbeitszeiten bewerten – ÖAAB fordert Anrechnung von 24 Monaten

Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern klafft in Österreich nach wie vor weit auseinander – sogar noch deutlicher als im europäischen Durchschnitt. Wir müssen die strukturellen Probleme in den Gehaltssystemen, die eine dauerhafte Benachteiligung der Frauen zur Folge haben, endlich beseitigen. Ein Ansatzpunkt dabei ist die volle Anrechnung der Karenzzeiten bei den Gehaltserhöhungen. Dafür macht sich der ÖAAB stark.



Foto: pixelio.de

Bei den derzeit laufenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen gilt es, ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitnehmerinnen in Österreich zu legen. Männer verdienen in Österreich nach wie vor ca. 20 Prozent mehr als Frauen – bei gleicher Leistung. Wir liegen hier deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 16,2 Prozent. Hier besteht Handlungsbedarf!

Ein Grund für diese Lohnunterschiede ist die Nichtanrechnung der Karenzzeiten bei Gehaltserhöhungen. Viele Kollektivverträge enthalten automatische Gehaltsanpassungen. Dadurch bekommen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer regelmäßig eine Gehaltserhöhung. Urlaub, Krankenstand, Pflegefreistellung oder Präsenzdienst werden dafür angerechnet, jedoch oftmals nicht die Abwesenheit bei Elternkarenz.

In manchen Kollektivverträgen wurde diese Ungerechtigkeit im Jahr 2011 – nicht zuletzt durch die Arbeit des ÖAAB – beseitigt. Es gibt aber noch einiges zu tun: In rund 30 Prozent der großen Kollektivverträge werden Karenzzeiten angerechnet. Derzeit gibt es 859 unterschiedliche Kollektivverträge, in nur 145 davon findet sich eine Regelung dazu.

Das soll sich ändern: Bis zu 24 Monate Karenz sollen auch hier automatisch angerechnet werden.



Foto: ÖAAB / Bergner

„Niemand soll einen Nachteil haben, wenn man das Recht auf Elternkarenz wahrnimmt und sich für Familie und Kinder entscheidet.“

August Wöginger
ÖAAB-Bundesobmann

„Niemand soll einen Nachteil haben, wenn man das Recht auf Elternkarenz wahrnimmt und sich für Familie und Kinder entscheidet“, betont ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger in diesem Zusammenhang.

Der ÖAAB-Chef appelliert an die Sozialpartner, bei den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen in allen Bran-

chen die volle Anrechnung umzusetzen. „Ziel ist es, die Anrechnung von bis zu 24 Monaten im Gesetz zu verankern, wenn es über die Kollektivverträge nicht zu regeln ist“, so Wöginger weiter.

Das Gesetz sieht bisher eine Anrechnung von höchstens zehn Monate der ersten Karenz im Arbeitsverhältnis vor. Ebenso bei der Bemessung der Kündigungsfrist, für die Dauer der Entgeltfortzahlung, im Krankenstand oder für das Urlaubsausmaß werden im Moment zehn Monate angerechnet. „Karenz soll demnach wie Arbeitszeit bewertet werden“, fordert Wöginger.

„Die Bekämpfung von geschlechtsspezifischen Lohnungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt ist ein Gebot der Stunde. Im 21. Jahrhundert sollte dieses eigentlich nicht mehr von Nöten sein, dennoch muss auf Missstände aufmerksam gemacht werden, die immer noch nicht aus dem Weg geräumt wurden. Das Schließen der Gehaltsschere und damit der Pensionsschere ist wesentlich für eine funktionierende Gleichstellungspolitik“, betont der ÖAAB-Bundesobmann abschließend.



Foto: Martin Lusser

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Heinz Faßmann im *freiheit*-Interview:

„Wir müssen die Schule ins 21. Jahrhundert bringen“

Seit Dezember ist der Universitätsprofessor für Humangeographie und Raumforschung Heinz Faßmann Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Mit der *freiheit* hat er über die Neuerungen und Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler im neuen Schuljahr und das Thema Digitalisierung gesprochen.

freiheit: Das neue Schuljahr hat eben erst begonnen. Welche Neuerungen hat der Schulbeginn für die österreichischen Schülerinnen und Schüler gebracht?

Heinz Faßmann: Es war nicht nur für rund 88.000 „Taferlklassler“ der erste Schulbeginn, sondern auch für mich in meiner Funktion als Bildungsminister. Einige Neuerungen und wie ich denke Verbesserungen an unseren Schulen konnten wir in meinem Ressort bereits ausverhandeln und sie werden seit Schulbeginn umgesetzt. So gelten etwa die viel diskutierte Deutschförderklassen seit September und ich bin überzeugt, dass sie bei denen, die eine Sprachförderung brauchen, zu einem rascheren Erwerb von Deutschkenntnissen führen werden.

freiheit: Sie selbst sagen „viel diskutiert“. Es gab in der Tat einige kritische Stimmen zu Ihrem Konzept. Was entgegen Sie den Kritikern?

Faßmann: Es gab Handlungsbedarf, da es an unseren Schulen Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse gibt. Das kann man nicht leugnen. Ich behaupte auch nicht, dass das jetzige Konzept alle Sprachprobleme mit einem Schlag lösen wird. Aber wir können seit September das umsetzen, was im Rahmen unserer Möglichkeiten liegt. Und ich denke, dass wir durch diese Maßnahmen Startnachteile ausgleichen und langfristig für mehr Chancengerechtigkeit sorgen können.

freiheit: Auch in einigen anderen Bereichen gibt es seit diesem Schuljahr Änderungen.

Faßmann: Ja, wir haben einige Bereiche des Schulsystems reformiert und modernisiert. Keine radikalen Umbrüche, aber da und dort Sanierungsmaßnahmen. So haben wir etwa die verbindliche Übung „Digitale Grundbildung“ eingeführt, die nun an in allen Lehrplänen von NMS und AHS-Unterstufen steht. Im Mittelpunkt des Faches stehen unter

anderem digitale Anwenderkenntnisse von Betriebssystemen, digitale Kommunikation und soziale Medien. Auch der sichere und kritische Umgang mit dem Internet soll unterrichtet werden, das halte ich für besonders wichtig.

freiheit: Im Bereich Digitalisierung scheint sich derzeit besonders viel zu tun. Vor kurzem waren Sie ja auch in Asien unterwegs. Konnten Sie sich dort Inputs holen?

Faßmann: Ich war Ende August mit einer österreichischen Delegation in Singapur und Hongkong. Die beiden Länder gehören unter anderem in den Bereichen Innovation, Bildung und Digitalisierung zu den Vorreitern und zeigen vor, wie das Bildungssystem die Digitalisierung bestmöglich nutzen kann. Wir konnten uns dort einige Ideen für einen digitalen Masterplan holen, um auch unsere Schulen ins 21. Jahrhundert zu bringen.

freiheit: Was kann man sich unter diesem „digitalen Masterplan“ vorstellen?

Faßmann: Der Masterplan Digitalisierung enthält im Wesentlichen drei Punkte. Zum einen die Lehr- und Lerninhalte, das heißt wir überprüfen und überarbeiten die Lehrpläne hinsichtlich digitaler Kompetenzen. Zum anderen müssen wir bei der Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer Digitalisierung stärker berücksichtigen. Und ein dritter wesentlicher Punkt ist die Infrastruktur, beginnend mit dem Breitbandanschluss der Schulen bis zu mobilen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler.

freiheit: Seit diesem Schuljahr werden Schulschwänzer härter bestraft, was für viel medialen Wirbel gesorgt hat. Glauben Sie, dass ein härteres Vorgehen wirklich notwendig ist?

Faßmann: Schulpflichtverletzungen müssen Konsequenzen haben, die gab es ja auch bisher. Wir haben die Möglichkeiten für Lehrende und Schulleitungen nur praxisorientierter und einfacher gestaltet. Sie können nun etwa Sofortmaßnahmen wie das Aussprechen einer Verwarnung ergreifen. Wer länger als drei Tage unentschuldig fehlt, wird künftig verpflichtend angezeigt. Diese sicherlich strenge Maßnahme ist leider notwendig, um den Schülerinnen und Schülern, vor allem aber auch ihren Eltern zu zeigen, dass permanentes Fehlen im Unterricht einfach nicht geht.

freiheit: Sie haben auch eine Neuordnung der Ferienregelung angekündigt. Gibt es hier schon konkrete Pläne?

Faßmann: Im Regierungsprogramm haben wir uns für die Einführung von Herbstferien ausgesprochen. Wie wir sie umsetzen ist aber noch nicht ganz klar. Es gibt die einen, die die schulautonomen Tage sozusagen zu Herbstferien umwidmen wollen. Andere wieder plädieren für eine Verkürzung der Sommerferien. Beide Seiten haben ihre stichhaltigen



Foto: Martin Lusser

Argumente, die gilt es abzuwägen. Wir wollen jedenfalls gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern eine gute Lösung für die Feriendebatte finden.

freiheit: Und wie sieht es mit der Schulautonomie aus?

Faßmann: In der Frage der Herbstferien wünschen sich viele Eltern einheitliche

Regelungen statt schulautonomer Entscheidungen. In anderen Bereichen ist die Schulautonomie äußerst sinnvoll und gehört meiner Meinung nach deutlich verstärkt. Seit diesem Schuljahr etwa können Schulleiterinnen und -leiter ihr neues Lehrpersonal selbst auswählen. Sie können also selbstständig Bewerbungsgespräche führen und haben so die Gelegenheit, Bewerberinnen und Bewerber kennen zu lernen und sich über die eigenen Erwartungen und Anforderungen auszutauschen. Ich halte das für eine äußerst sinnvolle und notwendige Änderung.

freiheit: Zum Abschluss komme ich noch einmal zum Schulbeginn. Was möchten Sie den Taferlklasslern mit auf den Weg geben?

Faßmann: Dass sie neugierig und offen durch ihre Schulzeit gehen, denn es gibt unendlich viel zu entdecken und zu lernen. Dass sie sich nicht durch ein erhofftes Sternchen, das dann nicht kommt, entmutigen lassen. Und hoffentlich können sie viele Freundschaften knüpfen, von denen einige ein Leben lang halten werden!



Foto: ÖVP/Jakob Glaser

FREIHEIT | ZUR PERSON

Heinz Faßmann wurde am 13. August 1955 in Düsseldorf geboren. Nach dem frühen Tod seines Vaters übersiedelte er 1962 mit seiner Mutter in deren Heimatstadt Wien, wo er aufwuchs und die Schule besuchte. Nach der Schule absolvierte er das Studium der Geographie sowie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien, das er 1980 mit dem Doktorat abschloss. Anschließend war er Scholar am IHS (Institut für Höhere Studien, Abteilung Soziologie) und von 1981 bis

1992 wissenschaftlicher Angestellter an der ÖAW (Österreichische Akademie der Wissenschaften). Von 1992 bis 1995 war er Direktor des Instituts für Stadt- und Regionalforschung (ISR) der ÖAW. 1996 wurde Heinz Faßmann als Professor für Angewandte Geographie (Geoinformatik) an die TU München berufen. 2000 wechselte er als Professor für Angewandte Geographie, Raumforschung und Raumordnung an die Universität Wien, wo er von 2006 bis 2011 Dekan der Fakultät für

Geowissenschaften, Geographie und Astronomie war. 2006 wurde er abermals zum Direktor des Instituts für Stadt- und Regionalforschung (ISR) der ÖAW ernannt. Von 2011 bis 2015 war Heinz Faßmann an der Universität Wien Vizekanzler für Personalentwicklung und internationale Beziehungen und von 2015 bis 2017 Vizerektor für Forschung und Internationales. Seit dem 18. Dezember 2017 ist er Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Kinderbetreuung: Die Gewinner sind die Kinder



Bundeskanzler Sebastian Kurz zeigt sich erfreut: „Es ist ein guter Tag für Kinder und Familien, denn es wird mehr investiert. Wir haben zwei Ziele: Die bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf und darüber hinaus, die Kinderbetreuungseinrichtungen zu Bildungseinrichtungen zu machen, die die Integration fördern.“

„Die Verhandlungen haben ihre Zeit gebraucht, aber wir sind gemeinsam mit den Ländern zu einem tollen Ergebnis gekommen, das den Kindern und Eltern zugutekommt. Wir nehmen gemeinsam mehr Geld in die Hand als bisher“, so Familienministerin Juliane Bogner-Strauß im Rahmen der Präsentation des Pakets.

Bund und Länder präsentierten die Einigung über die zukünftige Finanzierung der Kinderbetreuung. Die Verhandlerinnen und Verhandler haben ein Ergebnis erzielt, bei dem die Kinder die klaren Gewinner sind. Konkret heißt das, mehr Budget für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, verbindliche Wertebildung, verbesserte Sprachförderung und ein Ja zum Kopftuchverbot.

FREIHEIT | AUF EINEN BLICK

Budgetplus – mehr von Bund und Ländern:

- » 142 Mio. kommen vom Bund und 38 Mio. von den Ländern – insgesamt 180 Mio. pro Jahr für die nächsten vier Jahre.

Ausbau und Erweiterung des Kinderbildungs- und -betreuungsangebots:

- » Schaffung von neuen Plätzen für unter 3-Jährige, um die Betreuungsdichte zu erhöhen und das Barcelona-Ziel der EU von 33 Prozent zu erreichen.
- » Flexibilisierung und Erweiterung der Öffnungszeiten in allen Altersgruppen.

Weiterführung des bewährten verpflichtenden Kindergartenjahres für Fünfjährige.

Wertebildung als verbindlicher Bestandteil der Bildungs- und Betreuungsarbeit:

- » Werte- und Orientierungsleitfäden, um Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.
- » Kopftuchverbot in Kindergärten: Kein Platz für Symbole der Unterdrückung in Kindergärten.
- » Verstärkte Kontrolle in islamischen Kindergärten, damit auch dort unsere Werte vermittelt werden.

Intensivierung der Deutschförderung:

- » Bundesweit einheitliche Sprachfeststellung für treffsicherere Aussagen.

Pensionserhöhung: Bis zu 400 Euro mehr im Börserl

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, hat es sich verdient, seinen Lebensabend in Würde zu verbringen. Die Bundesregierung hat daher beschlossen, dass die Pensionserhöhung 2019 deutlich höher ausfällt als in den vergangenen Jahren. Vor allem Bezieher kleiner und mittlerer Pensionen als Hauptbetroffene der aktuellen Preissteigerung werden profitieren.

Als einen fairen Ausgleich zur Inflation wertete ÖAAB-Generalsekretär Abg.z.NR Christoph Zarits den Beschluss im Ministerrat zur Pensionserhöhung für das Jahr 2019.

Pensionserhöhung





Foto: shutterstock

Kaufkraft stärken

Von Dr. Norbert Schnedl

Die Gehaltsverhandlungen laufen, das vorrangige Ziel der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ist klar: eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte und Zulagen, um die Kaufkraft für alle öffentlich Bediensteten nachhaltig und dauerhaft zu stärken.

Mit Ende des Jahres läuft das aktuelle Gehaltsabkommen aus. Rechtzeitig ging daher noch im August unser Schreiben mit dem Ersuchen um Aufnahme der Gehaltsverhandlungen an den für den Öffentlichen Dienst zuständigen Bundesminister Vizekanzler Heinz-Christian Strache.

Der Öffentliche Dienst in Österreich wird international immer wieder hervorragend bewertet, und das, obwohl die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen enorm gestiegen sind, aktuell etwa durch die Abwicklung der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft sowie die Auswirkungen der Flüchtlings- und Migrationsbewegung. Diese zusätzlichen Herausforderungen können nur durch großes Engagement der öffentlich Bediensteten in allen Bereichen bewältigt werden. Wir werden uns in den kommenden Wochen mit aller Kraft dafür einsetzen, dass dieser Einsatz honoriert wird und in einer entsprechenden Gehaltserhöhung zu Buche schlägt. Darunter verstehen



GÖD-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl

wir, dass neben den Daten der Wirtschaftsforschungsinstitute bezüglich Inflationsrate und Wirtschaftswachstum auch diese besonderen Belastungen und das große Engagement aller öffentlich Bediensteten Basis

für die diesjährigen Verhandlungen sein werden.

Eines steht jedenfalls außer Streit: Österreichs Wirtschaft verzeichnet wieder ein stabiles Wachstum. Damit ist unser Land ein attraktiver Wirtschaftsstandort, wie auch zahlreiche internationale Rankings dokumentieren. Hohe Lebensqualität, Rechtsstaatlichkeit aufgrund einer bestens funktionierenden Justiz und öffentlichen Verwaltung, ein hohes Sicherheitsniveau, ein hervorragendes Schulsystem und eine sehr gute Gesundheitsversorgung sprechen für den Wirtschaftsstandort Österreich. Dass diese Entwicklung möglich war und ist, verdankt unser Land den Menschen, die sich Tag für Tag dafür einsetzen – den vielen Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst, die ihr Bestes geben. Für uns ist jedenfalls klar: Der Öffentliche Dienst leistet höchste Qualität. Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten daher zurecht eine ordentliche Gehaltserhöhung in allen Bereichen.

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Johanna Jachs

Johanna Jachs ist seit November 2017 im Nationalrat und eine der jüngsten Abgeordneten der neuen Volkspartei. Die studierte Juristin, die vorher im Büro des Oberösterreichischen Landeshauptmanns als Referentin arbeitete, ist seit 2015 auch Mitglied des Gemeinderates der Stadtgemeinde Freistadt und seit 2013 Bezirksobfrau der Jungen ÖVP Freistadt. So wie Johanna Jachs war schon ihr Vater politisch tätig und bis zu seinem Tod 2016 als Bundesrat und Bürgermeister aktiv. Er ist für Johanna Jachs ein großes Vorbild.



Foto: Manuel Liebherr

Johanna Jachs im Garten ihres Elternhauses.

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Ehrlich gesagt gibt es mindestens zwei Lieblingsorte, weil Österreich so vielfältig ist. Am liebsten bin ich aber daheim in Freistadt im Garten meines Elternhauses. Dort wohnen auch meine Großeltern und darum ist immer für Verpfle-

gung gesorgt. Andererseits gefällt mir die Seengegend im Salzkammergut auch sehr gut. Um Energie zu tanken, bin ich dort oft in den Bergen unterwegs.

freiheit: Gibt es ein Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Mehr als eines – daheim ist daheim, schöne Erinnerungen an die Kindheit, an Familie, Geborgenheit und an viele schöne Stunden, die ich hier mit meinem Vater verbracht habe.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“?

Bezüglich Salzkammergut ganz klar die Wandermöglichkeiten rund um den Attersee. Erst Anfang August habe ich hier eine schöne Bergtour in Angriff genommen. Von der Kienklause in Steinbach am Attersee rauf zum Hochleckenhaus, dann rüber zur Brennerin, den Dachsteinblick, den Mahdglupf und über den Schoberstein hinunter nach Weissenbach, wo nach den schönen Ausblicken oben am Berg – wo man den Kopf so

richtig frei kriegt - unten angekommen der Attersee zum Baden einlädt.

freiheit: Was ist denn Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Außerhalb Österreichs habe ich eigentlich keinen speziellen Lieblingsort. Ich reise sehr gerne und bin immer wieder fasziniert von der Vielfalt, die unsere Erde bietet. Landschaftlich, kulturell, kulinarisch – es gibt so vieles zu entdecken. Sich hier auf einen Lieblingsort zu beschränken würde bedeuten, dass man sich die Chance nimmt, Neues zu entdecken. Und gerade das reizt mich beim Reisen am meisten.



Die Abgeordnete auf Bergtour im Salzkammergut.

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Crowdsourcing – ein parlamentarisches Pilotprojekt

Eine interaktive Form der Bürgerbeteiligung am parlamentarischen Prozess

Crowdsourcing ist ein Begriff, den man öfter hört, ohne sich darunter viel vorstellen zu können. Konkret geht es bei Crowdsourcing – auch im parlamentarischen Bereich – um die Möglichkeit, dass sich Bürgerinnen und Bürger interaktiv an der Lösung aktueller Fragen beteiligen. (Crowd bedeutet „Masse“/„Viele“, Outsourcing bedeutet Auslagerung.)

Ziel von Crowdsourcing ist es, sich die Motivation und das Wissen der

Österreicherinnen und Österreicher zunutze zu machen, um Lösungen für Fragen und Themenkomplexe zu erhalten. Es geht also um die Vermehrung von Wissen, die Gewinnung von Erkenntnissen und die Formulierung neuer Ideen. Diese werden bewertet, ausgewählt und können in weiterer Folge umgesetzt werden.

Somit ist Crowdsourcing im parlamentarischen Kontext eine Form der stärkeren Bürgerbeteiligung an der

Gesetzgebung, eine neue Form der Transparenz und eine Förderung politischen Engagements. Die elektronische Crowdsourcing-Plattform des österreichischen Parlaments ist das Ergebnis einer Enquete-Kommission zum Thema Stärkung der Demokratie in Österreich. Demnach soll Crowdsourcing zunächst als „Pilotprojekt“ erfolgen, das Parlament bietet dafür eine Plattform für den Kommunikations- und Informationsaustausch an.

Splitter aus dem Parlament

Untersuchungsausschüsse haben Arbeit aufgenommen

Die beiden aktuellen Untersuchungsausschüsse – der bereits dritte Eurofighter-Untersuchungsausschuss und der BVT (= Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung)-Untersuchungsausschuss – haben Anfang September ihre regelmäßigen Sitzungen aufgenommen. Die ÖVP-Fraktion im BVT-Untersuchungsausschuss



Die beiden UsA-Vorsitzenden Werner Amon (li.) und Andreas Ottenschläger, (re.).

wird von ÖVP-Sicherheitssprecher Werner Amon geleitet, im Eurofighter-Untersuchungsausschuss hat ÖVP-Verkehrssprecher Andreas Ottenschläger den Fraktionsvorsitz übernommen.

Die erste Bilanz der parlamentarischen Arbeit der XXVI. GP

Nach dem Motto „arbeiten statt streiten“ haben wir im Parlament im ersten Halbjahr 2018 bereits viele wichtige Maßnahmen der Veränderung und Entlastung auf den Weg gebracht. Wir entlasten die niedrigen Einkommen durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags. Davon profitieren seit Juli bis zu 900.000 Österreicherinnen und Österreicher mit über 300 Euro pro Jahr. Damit helfen wir arbeitenden Menschen mit einem geringen Einkommen. Darüber hinaus haben wir das „Leuchtturm-Projekt“ der Bundesregierung, den Familienbonus Plus, beschlossen. Dabei handelt es sich um die größte steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern. Damit unterstützen wir nicht



Der Bundesadler im Plenarsaal

weniger als 950.000 Familien mit 1,6 Millionen Kindern. Mit dem Familienbonus Plus wird ab 2019 für Familien die Einkommensteuer direkt vermindert. Damit sind bis zu 1.500 Euro pro Kind „cash-wirksam“. Außerdem haben wir Anfang Juli die Arbeitszeitflexibilisierung beschlossen, die mit September 2018 bereits wirksam wurde. Auch dies eine Maßnahme, die der Arbeitsrealität entspricht und gerade Familien mit Kindern mehr Flexibilität ermöglicht.

„Bergauf, Österreich“ – Wandern mit dem Bundeskanzler

Viele Österreicherinnen und Österreicher haben im Sommer die Gelegenheit genutzt, bei der Sommertour „Bergauf,



V.l.n.r.: KO August Wöginger, LH Thomas Stelzer, Bundeskanzler Sebastian Kurz, GS Wolfgang Hattmannsdorfer und Wögingers Töchter Magdalena und Anna

Österreich!“ mit Bundeskanzler Sebastian Kurz auf den Berg zu gehen. So wanderten Mitte Juli mehr als 2.500 Frauen, Männer und Kinder mit dem

Bundeskanzler und ÖVP-Politikern auf den 1.445 Meter hohen Schöckl nahe Graz. Ende Juli ging es auf den Faden-sattel am Schneeberg (1.210 m) und am 25. August war der Kasberg in Oberösterreich das Ziel der Wanderung. Mit dabei auch ÖVP-Klubobmann August Wöginger, der dem Bundeskanzler und Parteiobmann seine schöne oberösterreichische Heimat zeigte.

Grete Rehor Salon in der Politischen Akademie

Grete Rehor war von 1966 bis 1970 die erste weibliche Bundesministerin der Republik und davor 21 Jahre lang ÖVP-Abgeordnete im österreichischen Nationalrat. Als Frau in der Politik hat sie Pionierarbeit geleistet – nicht zu-



Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß und die Direktorin der Politischen Akademie, Bettina Rausch, eröffnen den Grete Rehor Salon.

letzt auch als ÖAAB-Obmann-Stellvertreterin und als Gewerkschafterin. Ihre Bedeutung und die Verdienste von Frauen in der Volkspartei hat nun die Politische Akademie sichtbar gemacht – mit dem neuen Grete Rehor Salon, der im Sommer feierlich eingeweiht wurde. Mit dabei Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß, Staatssekretärin Karoline Edtstadler, die ÖVP-Nationalratsabgeordneten Carmen Jeitler-Cincelli, Gabriela Schwarz und Martina Kaufmann, und Bundesrätin Marianne Hackl.

Erfolgreiches 3. NÖAAB-Familienfest

Der NÖAAB veranstaltete Mitte August das 3. Familienfest und lud dazu Mitglieder mit ihren Familienangehörigen in „DIE GARTEN TULLN“ ein. Mehr als 350 treue NÖAAB-Mitglieder verbrachten mit ihren Familien einen abwechslungsreichen und spannenden Tag in Tulln.

Zahlreiche befreundete Organisationen boten Kindern und Gästen ein spannendes Unterhaltungsprogramm rund um die interessanten Schaugärten. Unter den Ehrengästen befanden sich Landesrat Martin Eichtinger, LAbg. Bernhard Heinrichsberger, Bürgermeister Peter Eisenschenk und Direktor Manfred Damberger.

„Der NÖAAB legt in seiner Arbeit einen starken Fokus auf Familien und Kinder. Das Familienfest ist für uns ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber allen Familien im Land. Gleichzeitig wollen wir Gemeinschaft und Zusammenhalt stärken und fördern! Ich freue mich, dass so viele Freunde mit ihren Kindern unserer Einladung gefolgt sind“, unterstreicht Landesobmann Wolfgang Sobotka.



Auf dem Foto (v.l.n.r.): Bürgermeister Peter Eisenschenk, NÖAAB-Landesobmann Wolfgang Sobotka, NÖAAB-Landesgeschäftsführerin Sandra Kern, LR Martin Eichtinger, Direktor Manfred Damberger, Geschäftsführer Franz Gruber, KR Thomas Buder, LAbg. Bernhard Heinrichsberger

Ein großes Dankeschön an alle Partnerinnen und Partner und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie vertretend für alle Unterstützer an die Blue Hawks American Football Mannschaft, die Sportunion Niederöster-

reich mit der Challenge Disc und die Firma Styx mit ihrer Naturkosmetik zum Selbermachen. „Durch diese Unterstützung wurde dieser Familientag einzigartig“, betont NÖAAB-Landesgeschäftsführerin Sandra Kern.

Christopher Drexler: „Pflegeversicherung jetzt – sonst droht der Pflegenotstand!“

Der Landesobmann des Steirischen ÖAAB, Christopher Drexler, ist als Landesrat auch für die Pflege zuständig. Er sieht die Finanzierung der Pflege für unsere betagteren Landsleute als eines der drängendsten innenpolitischen Herausforderungen. Trotzdem geht seit Jahren – wenn nicht sogar seit Jahrzehnten – nichts weiter.

Besonders die große Stille, die seit den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Kosten der Pflege regress-Abschaffung herrscht, ist ihm ein Dorn im Auge. „Bei dieser Einigung handelt es sich lediglich um ein kleines Steinchen eines fußballfeldgroßen Mosaiks an Problemstellungen“, wie es der Landesobmann und Landesrat treffend beschreibt.

Vollkommen unverständlich ist etwa, dass die Stationäre Pflege in den Heimen – das teuerste und komplexeste Angebot – das Einzige ist, was in Österreich gratis ist. Für die Pflege daheim, die in Sonntagsreden immer wieder gefordert wird, und für Betreutes Woh-



nen muss man aber weiterhin zahlen. Aber nicht nur das Land, vor allem auch die Gemeinden stöhnen unter der Kostenexplosion im Pflegebereich und wenden sich immer öfter hilflos an Drexler: „Fast jede Woche bekomme ich Briefe und Resolutionen von den

Gemeinden, dass die Kosten so wahn-sinnig ansteigen. Viele sagen mir, dass es sich in den Budgets schon bald nicht mehr ausgeht, die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Das darf nicht passieren!“

Drexler will die Gemeinden unterstützen und verlangt angesichts der sich laufend zuspitzenden Problematik, dass endlich eine ehrliche Debatte über die Pflegefinanzierung in Gang kommt: „Ich fordere einen schnellstmöglichen Gipfel der Zahler – also Bund, Länder und Gemeinden. Dabei bin ich für jede Lösung offen. Solange aber kein besseres Modell auf dem Tisch liegt, kann es nur heißen: Pflegeversicherung jetzt, sonst droht der Pflegenotstand!“

„An einem Strang ziehen“

Im Rahmen ihres Antrittsbesuchs bei der neuen Wirtschaftsbund-Direktorin Sylvia Gstättnr kündigt die Landesobfrau des ÖAAB Kärnten, Angelika Kuss-Bergner, an, die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsbund zu vertiefen. Besonders im Bereich der Lehrlinge sehen die beiden Frauen Potenzial. „Der Fachkräftemangel

ist zurzeit in aller Munde, wir wollen aufklären, die Lehre attraktiver machen und Service bieten“, so Kuss-Bergner. Der Gedanke, dass Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht miteinander arbeiten, ist veraltet, der ÖAAB Kärnten steht für eine gelebte Sozialpartnerschaft.



Landesobfrau des ÖAAB Kärnten Angelika Kuss-Bergner gratuliert der neuen Wirtschaftsbund-Direktorin Sylvia Gstättnr

Foto: ÖAAB Kärnten

Preis kegeln des ÖAAB Bleiburg

Der ÖAAB Bleiburg mit Obmann Anton Polzer hat im Juli zum traditionellen Naturbahnkegeln geladen. „Diese Veranstaltung gibt es bereits seit über 40 Jahren und findet auf einer echten Naturbahn statt“, so Obmann Anton Polzer. Neben dem „sportlichen Wettkampfgedanken“ steht aber der Spaß im Vordergrund – den hatte auch Landesobfrau Angelika Kuss-Bergner.



ÖAAB-Landesobfrau Angelika Kuss-Bergner, ÖAAB Bleiburg Obmann Anton Polzer und der Vizebürgermeister von Bleiburg, Daniel Wriessnig, gratulierten den Siegern des Preis kegeln.

Foto: ÖAAB Kärnten

Niederösterreich

Wohnen mit Traditon.



A: DI Helmut Stefan Haiden Schaubild: Langenlebar

- Biberbach 2
- Erlauf 1
- Ernstbrunn 2
- Ferschnitz 2
- Gänserndorf 1
- Hollabrunn 2
- Langenlebar 1
- Markt Piesting 2
- Melk 2
- Michelhausen 2
- Pframa 1
- Pixendorf 2
- Ravelsbach 2
- St. Valentin 2
- Thomasberg 2
- Winklarn 2

- gefördert vom Land Niederösterreich
- Wohnzuschuss möglich
- Miete oder Miete mit Kaufrecht
- PKW-Stellplätze



A: HB* A Schaubild: Melk

i

Weitere Infos:

1 T 02236/405
Maria Enzersdorf

2 T 02236/44800
Mödling

© fotostockphoto.com | luzshahn | Langenlebar | HB*SK 18, 1-22,6 | GEE 0,74-0,82 | Melk- HB*SK 18-21, 2 | GEE 0,51-0,55

verkauf@nwb.at | www.nwb.at

Wir bauen. Sie wohnen.

NÖ Wohnbaugruppe.



ÖAAB unterwegs



Foto: FCG

Sommerfest der FCG Post im Wiener Prater

Von der tollen Stimmung beim FCG Sommerfest im Wiener Prater konnte sich Bundeskanzler Sebastian Kurz überzeugen, der gemeinsam mit rund 1.400 Kolleginnen und Kollegen der Einladung der FCG Post gefolgt ist, um beim offiziellen Wahlkampfauftakt für die Personalvertretungswahlen dabei zu sein und eine laue Sommernacht unter Freunden zu genießen. In seiner Eröffnungsrede hat Bundeskanzler Sebastian Kurz dem Bundesvorsitzenden der FCG Post Manfred Wiedner seine Unterstützung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post zugesagt. Im Bild (v.l.n.r.): Bundesvorsitzender der FCG Post Manfred Wiedner, Organisationsreferent Raimund Taschner, GÖD-Vorsitzender Norbert Schnedl und Bundeskanzler Sebastian Kurz



Foto: Wolfgang Kostenwein

EU meets Burgenland

Anfang August war EU-Abgeordneter Lukas Mandl zu Gast im Burgenland. Gemeinsam mit ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits und Landesobmann Christian Sagartz standen neben einer Pressekonferenz ein Betriebsbesuch im Familypark St. Margarethen sowie bei der Fernwärme Leithaprodersdorf auf dem Programm. Nach einer Besichtigung der Altstadt von Rust mit Verkostung des Ruster Ausbruch bildete das Bloodanschwimma der ÖVP Frauen in Leithaprodersdorf den Abschluss des Tages. Im Familypark in St. Margarethen genossen (v.l.n.r.) ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, Landesobmann Christian Sagartz, Mario Müller, der Betreiber des Familyparks, und MEP Lukas Mandl die neueste Attraktion des Vergnügungsparks: den Almjodler.



Foto: ÖAAB/00

Heiß auf Eis

Gemeinsam mit der oberösterreichischen Landesrätin Christine Haberlander und den ÖAAB/FCG Postpersonalvertretern überraschte ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Postverteilerzentrums Allhaming mit einer wohlverdienten Abkühlung. Bei Eis und kühlen Getränken ergaben sich gute Gespräche über die aktuelle Arbeitnehmerpolitik. Im Bild (v.l.n.r.): LR Christine Haberlander, FCG-Post-Landesvorsitzender Dietmar Brückl und ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger



Foto: ÖVP-Parlamentsklub/Martin Hoener

Abkühlung in Eisform

An einem der heißesten Tage dieses Sommers statteten ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits gemeinsam mit dem Abgeordneten Nico Marchetti den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der neuen Unternehmenszentrale der Post AG am Wiener Rochusmarkt einen Besuch ab. Bei Eis am Stiel konnten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abkühlen und mit den Politikern ins Gespräch kommen. Im Bild (v.l.n.r.): Abg.z.NR Nico Marchetti, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, Bundesvorsitzender der FCG Post Manfred Wiedner, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und der Sekretär des Zentralausschusses, Norbert Krutzler.



Foto: Sebastian Steiner

Zu Gast am Flughafen Wien

Einen Betriebsbesuch der besonderen Art absolvierte ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits gemeinsam mit den Kollegen aus dem Burgenland, Landesobmann Christian Sagartz, Landesgeschäftsführer Johannes Mezgolits und JVP-Landesobmann Patrik Fazekas am Flughafen Wien. Der Flughafen ist Arbeitgeber für zahlreiche Burgenländerinnen und Burgenländer und daher ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region. Ein Highlight des Besuches war die Besichtigung der Betriebsfeuerwehr Flughafen Wien. Im Bild (v.l.n.r.): Landesobmann Christian Sagartz, Betriebsgruppenobmann Fritz Stemberger, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits und Rene Kis



Foto: Gregor Hafner

Schulstartaktion in Eisenstadt

Um den Schülerinnen und Schülern den Start in das neue Schuljahr etwas zu erleichtern, verteilten die ÖAAB-Spitze, Bundesobmann August Wöginger und Generalsekretär Christoph Zarits, gemeinsam mit dem burgenländischen Landesparteiobmann Thomas Steiner, den Kollegen aus dem ÖAAB Burgenland, Landesobmann Christian Sagartz und Landesgeschäftsführer Johannes Mezgolits und der Nationalratsabgeordneten Gaby Schwarz Kipferl an die Schulkinder. Die Eltern erhielten Informationen zum Familienbonus Plus, der bereits ab dem kommenden Jahr geltend gemacht werden kann. Der Standort für die Aktion in Eisenstadt war gut gewählt: Binnen einer halben Stunde waren die rund 1.000 Kipferl verteilt.



Bausteine für meine Sicherheit
in Beruf & Freizeit



ÖBV Unfallschutz

- > Flexible Lösungen für jede Lebensphase
- > Leistungen als Bausteine frei wählbar
- > Bis zu 600 % Leistung bei dauernder Invalidität
- > Fragen Sie uns: Tel. 059 808 | www.oebv.com

Weltweiter Schutz rund um die Uhr

Informationen zu diesem Produkt finden Sie im Basisinformationsblatt unter www.oebv.com/web/bib.html

ZUFRIEDENE KUNDEN. WIR SCHAFFEN DAS.



Recommender Award 2018:
Wir freuen uns, dass unsere Kunden die NV gerne weiterempfehlen.



Die Niederösterreichische Versicherung

www.nv.at Wir schaffen das.

**Unser Land
braucht Menschen,
die an sich glauben.**

**Und eine Bank,
die an sie glaubt.**